

Mainz, 20.11.2019

Antrag 1732/2019/1 zur Sitzung Stadtrat am 20.11.2019

gem. Antrag: Obdachlosigkeit von Familien verhindern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung soll prüfen, wie das bereits bestehende, vorübergehende Angebot für obdachlose Familien ergänzt werden kann, sodass mehr Zielgruppen davon profitieren. Insbesondere soll dabei geprüft werden, inwiefern Frauen, die das Frauenhaus verlassen können, jedoch keine Wohnung auf dem freien Wohnungsmarkt finden, in das Angebot integriert werden können oder ob es ein neues Angebot erfordert. In diesem Fall möge die Verwaltung prüfen, ob sogenannte „Clearing Häuser“ in neue Wohngebiete in Mainz, wie zum Beispiel in der anstehenden Entwicklung der GfZ-Kaserne, der Kommissbrotbäckerei oder der Housing-Area, integriert werden können, um akut wohnungslos gewordenen Familien eine vorübergehende Unterkunft von höchstens sechs bis neun Monaten zu bieten.
2. Es soll weiterhin geprüft werden, ob bei der Realisierung eines solchen Projekts Fördermittel des Landes, zum Beispiel im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Armut, beantragt werden können.

Begründung:

Im Zuge der großen Wohnungsknappheit ist es für wohnungslos gewordene Familien zunehmend schwieriger geworden, sofort eine passende Unterkunft zu finden. Dieses gilt insbesondere für Alleinerziehende, zum Beispiel Frauen, die in einem Frauenhaus bei akuter Gefährdung Schutz gefunden hatten. Sie könnten nach einer gewissen Zeit wieder auf eigenen Füßen stehen, dies scheitert aber an der fehlenden Wohnung. Sie blockieren die

Frauenhausplätze für andere schutzbedürftige Frauen oft viele Monate, bis sie eine Wohnung finden. Gleichzeitig ist eine soziale Teilhabe für sie und ihre Kinder sehr schwierig, da die Adresse des Frauenhauses geheim bleiben muss. 41 Frauen und 39 Kinder bewohnten das Frauenhaus Mainz im Jahr 2018. Dagegen stehen 226 Anfragen, die in diesem Jahr eingingen. Im ersten Halbjahr 2019 waren es schon wieder 129 Anfragen.

Aufgrund des mangelnden bezahlbaren Wohnraums, müssen wohnungslose Familien teilweise als Zwischenlösung sogar im Hotel untergebracht werden. Es wäre sinnvoll, wenn die Stadt für diese Fälle mehrere Wohnungen hätte, in denen die Familien für drei bis neun Monate unterkommen und von dort, unterstützt von Sozialarbeitern eine passende Wohnung finden könnten. Die Zuweisung geschieht über die Stadt. Die Haushalte, die so ein Angebot in Anspruch nehmen, arbeiten gemeinsam mit einer Sozialberatung an den persönlichen und/oder sozialen Gründen, welche zum Wohnungsverlust geführt haben und erarbeiten gemeinsam eine realistische Lösung für eine passende Anschlusswohnform. Zudem erhalten sie Unterstützung bei der Wohnungssuche, Anträgen und Ämtern. Anders als beim „Trainingswohnen“ benötigen die Familien keine aufwändige soziale Betreuung sondern lediglich Hilfe bei der Wohnungssuche.

Sylvia Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alexandra Gill-Gers (SPD-Stadtratsfraktion)